



Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484

FAX: (030) 227 – 76992

E-Mail: uwe.schummer@bundestag.de

Homepage: www.uwe-schummer.de

21. Juli 2006

**Zum Thema „Neue Dynamik für den Ausbildungspakt“
erklärt der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion für die berufliche Bildung und stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im
Deutschen Bundestag Uwe Schummer MdB:**

„Der Ausbildungspakt wurde vor drei Jahren eingeführt. Er war eine Antwort auf die von der Schröder-Regierung geplante gesetzliche Umlagefinanzierung der Ausbildungskosten.

In diesem Jahr steht die Verlängerung des Ausbildungspaktes auf der politischen Tagesordnung. Nach den Kriterien des Schröderpaktes wurden die Zusagen der Wirtschaft, jährlich 30.000 neue Ausbildungsplätze und 25.000 Praktikplätze, die als Einstiegsqualifizierung für eine spätere betriebliche Ausbildung genutzt werden, erfüllt.

Die Regierungsfractionen haben einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der dem Ausbildungspakt eine „neue Dynamik“ geben will. Notwendig ist die Mobilisierung betrieblicher Ausbildungsplätze. Jeder ausbildungsbereite Schulabgänger soll eine berufliche Perspektive erhalten.

PRESSMITTEILUNG

Der DGB fordert 50.000 überbetriebliche Ausbildungsplätze. Dies konterkariert zum jetzigen Zeitpunkt jedoch die Bemühungen um die betriebliche Ausbildung. Der Ausbildungspakt will dem Trend zur Verstaatlichung der Berufsausbildung entgegenwirken. Hierzu müssen die Akteure zur beruflichen Bildung ergebnisorientiert zusammenwirken. Hierzu gehören neben Bund und Ländern, die Kammern, Berufsschulen, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften.

Bildungsministerin Schavan hat eine Strukturkommission berufen, die sich mit einem flexiblen Berufsbildungsrecht auseinandersetzt. Dabei geht es neben der Stärkung der Verbundausbildung für kleine Unternehmen um die stärkere stufenweise Organisation der 340 Berufsbilder.

Über Zwischenabschlüsse sollen wieder mehr Berufsbilder für praktisch Begabte geöffnet werden. Das Berufsbildungsinstitut rechnet damit, dass 90 % der Berufsbilder für Hauptschüler verschlossen sind. Jeder zweite noch nicht vermittelte Schulabgänger kommt von der Hauptschule oder hat keinen Schulabschluss. 40 % der Arbeitslosen sind ohne einen Berufsabschluss. 1,2 Mio. Schulabgänger bis 29 Jahre haben überhaupt keine berufliche Qualifizierung.

Betriebliche Bündnisse für mehr Ausbildung müssen gestärkt werden. Sie wurden einstimmig im Rahmen der Berufsbildungsreform von 2004 im Deutschen Bundestag gefordert. Hierzu gehören tarifliche Öffnungsklauseln für Ausbildungsvergütungen, die zwischen 280 und 950 Euro liegen, im Schnitt bei 580 Euro.

Nach Richterrecht ist die nach dem Berufsbildungsrecht definierte „angemessene Ausbildungsvergütung“ auch dann gewährleistet, wenn sie 20 % unter Tarif liegt. Die Ausbildungskosten sind bei einer qualifizierten Ausbildung im ersten Jahr eine Hürde. Ab dem zweiten Jahr finanzieren sich die Auszubildenden in der Regel durch ihren Arbeitseinsatz. Jährlich finanzieren Betriebe und Verwaltungen 30 Mrd. Euro für die duale Ausbildung. Mehr als Bund und Länder zusammen.

Das Lehrstellendefizit wird für September mit 30.000 prognostiziert; ähnlich hoch wie im letzten Jahr. Der Ausbildungsmarkt folgt noch nicht dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Jahresvergleich um 380.000 reduziert, dabei sank die Jugendarbeitslosigkeit bis 25 Jahre um 100.000.

Lösungsansätze:

I. Bündnisse für mehr Ausbildung

Hierzu gehört auch die Diskussion über gleich bleibende Ausbildungsvergütungen (Einfrieren), wenn im Gegenzug zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen.

II. Ausbildung soll sich lohnen

Die Regierung Kohl hat 1997 beschlossen, dass Betriebe, die ausbilden, bei öffentlichen Aufträgen und gleichwertigen Angeboten bevorzugt werden. Dies hat die Regierung Schröder kaum umgesetzt. Da 70 % der öffentlichen Aufträge über die Kommunen vergeben werden, ist hier die regionale Ebene besonders gefragt.

III. Potentiale gezielter fördern

Von den Kammern wird die Ausbildungsreife vieler Schulabgänger in Frage gestellt. 15 % der Ausbildungsplätze würden nicht besetzt, da es keine geeigneten Bewerber gäbe. Defizite der allgemeinen Bildung müssen an der Berufsschule aufgearbeitet werden. Hierzu ist der Ganztagsunterricht bis 17 Uhr sinnvoll. Nachmittags sollten verstärkt Förderkurse für Rechnen, Lesen und Sprechen angeboten werden. Dies würde Handwerksmeister motivieren, trotz Defizite in einen Jugendlichen zu investieren. Es müssen die Potentiale stärker gesehen und gezielter gefördert werden.

IV. Kombilohn für Schulabgänger

Das Kombilohn-Konzept von Arbeitsminister Müntefering ist eine gute Idee. Es sollte nicht nur für ältere Arbeitslose gelten, sondern auf ein Jahr befristet für die Schulabgänger genutzt werden, die im Oktober keine Qualifizierung gefunden haben. So könnte ein Kostenzuschuss von 20 % auf ein Jahr finanziert werden. Um Mitnahmeeffekte zu vermeiden, sind die Betriebe zu berücksichtigen, die bereits ausbilden und eine zusätzliche Ausbildungsstelle schaffen.

V. Ein Sommer für die Ausbildung

42 % aller Hauptschüler bewerben sich in 10 Berufen. Die Arbeitsagenturen sind mit ihren 3000 Berufsberatern oft überfordert. Gemeinsam mit den Kammern, den Sozialpartnern, den Berufsschulen und den Arbeitsagenturen sollten in den nächsten Wochen Ausbildungskonferenzen vor Ort durchgeführt werden. Hier kann über das neue Berufsbildungsrecht informiert werden und welche Hilfen es für neue Ausbildungsbetriebe gibt.

Jeder ausbildungsbereite Schulabgänger muss in diesem Jahr eine berufliche Perspektive erhalten. Der Ausbildungspakt ist nicht gescheitert, er braucht eine neue Dynamik.“